



## **Vernunft statt Populismus – keine Schuldenbremse in die Hessische Verfassung!**

**Die Landesschülervertretung Hessen ruft die hessische Bevölkerung dazu auf, am 27. März 2011 gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Schuldenbremse zu stimmen. Der Landesschülerrat verurteilt den Populismus, der nicht nur frei von volkswirtschaftlichen Kenntnissen ist, sondern katastrophale Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben wird. Dieses Positionspapier wurde vom Landesschülerrat am 05. Februar 2011 beschlossen.**

### **I. Die soziale Dimension**

Es gab eine Zeit in der Bundesrepublik Deutschland, in der gewisse Dinge außer Frage standen. Unser Sozialsystem und die öffentlichen Dienstleistungen zum Beispiel. Es wurde nicht gefragt, wie viel Geld zur Verfügung steht und was der Staat damit an Grundleistungen erbringen kann, sondern es wurde ermittelt, welche Leistungen zu erbringen, welche auszubauen oder neu aufzunehmen sind. Die finanzielle Frage war sekundärer Natur, da man als Bundes-, Landes-, oder Kommunalregierung gewillt war, alle notwendigen finanz- und wirtschaftspolitischen Schritte zu ergreifen, um den Standard zu erreichen, den die Bevölkerung zurecht erwarten konnte. Die Kausalität

zwischen staatlicher Leistung und Finanzierung wird bereits jetzt schon mit der massiven Sparpolitik im Bildungs- und Sozialwesen ins Absurde verkehrt.

Die „Rasenmähermethode“ ist ein harmloser Begriff für nicht notwendige Haushalts-schlachtungen im Bund. Man stelle sich einen gesunden Staatsapparat als Mensch vor, dem man stückweise die Glieder entfernt. Wie gut wird ein solcher Mensch noch seinen Aufgaben nachgehen können? Gar nicht, lautet die erschlagene Antwort. Das Versagen des Staatsapparats tritt in jeder erschütternden

Nachrichtensmeldung zu Tage. Fast noch schlimmer ist, dass nicht genügend Mittel zur

Verfügung stehen, um diese Ausfallerscheinungen zu behandeln.

Die Bildung, welche nach Aussage aller Fraktionen im Mittelpunkt ihres Interesses steht, befindet sich in einem miserablen Zustand. Als Gipfel des Eisbergs werden der Bevölkerung geringere Sparmaßnahmen im Bildungshaushalt als Bildungspaket verkauft. Es ist aber, davon abgesehen, nicht davon auszugehen, dass sich die im Bildungssystem Tätigen darüber freuen können, dass ihre Henkersmahlzeit von den sozial Schwächsten im Land bezahlt wird.

## **II. Die politische Dimension**

Die Bevölkerung kann von verantwortungsvoller Wirtschafts- und Finanzpolitik erwarten, dass nicht jahrelang über mehrere Konjunkturzyklen hinweg ein derart hohes Defizit angehäuft wird. Dieser Erwartung ist man jahrelang nicht nachgekommen. Schlimm genug! Eine neue Dimension nimmt dieser Zustand allerdings an, wenn man sich nicht nur aus der Verantwortung stiehlt, indem man das Volk zum Prellbock macht, sondern auch noch unter dem Argument der Generationengerechtigkeit allen zukünftigen Generationen die Möglichkeit nimmt, vernünftige Fiskalpolitik zu betreiben. Man will von der hessischen Bevölkerung für unfähig erklärt werden, eine adäquate Haushaltspolitik zu betreiben unter dem Deck

Der Hessische Landtag hat sich nun auch dazu entschlossen, den Offenbarungseid zu leisten. Da man seine Hände aber gerne in Unschuld waschen möchte, wird nun das Volk vor den Pflug gespannt. Eine Volksabstimmung soll nun das gewünschte Ergebnis herbei führen und dafür sorgen, dass die Politik den Wählerinnen und Wählern selbst den Schwarzen Peter für die Zerrüttung unseres Bildungsstandorts und Sozialstaats zuschieben kann. Der fehlende Wille zur Aufklärung verbunden mit den populistischen wie blödsinnigen Argumentationen für die Schuldenbremse werden darüber hinaus noch ihren ganz eigenen Anteil an einer bewussten Kleinhaltung des Volkes haben.

mantel einer krisenbedingten Defizits, das seinen Ursprung nicht etwa im Staatshaushalt hat, sondern vielmehr aus den weiterhin unregulierten Finanzmärkten resultiert. Wenn eine der Landtagsfraktionen glaubt, eine konjunkturbedingte Krise in Zukunft durch Einsparungen in den Grundleistungen kompensieren zu können, dann steht es schlimmer um die Politik als man es jemals erwartet hätte. Allerdings wird weder die Landesschülervertretung noch der Rest der hessischen Bevölkerung den Landespolitikern ein Alibi für Kürzungen in allen sozialen Bereichen liefern. Vielmehr fordern wir, dass sich die Parteien einen Rest Würde bewahren und endlich damit beginnen, wofür sie gewählt wurden: dem Volk zu dienen.

### III. Die Ökonomische Dimension

Zunächst zum Begriff Schulden. Ein staatliches Defizit mit den Schulden einer schwäbischen Hausfrau zu vergleichen ist ein Ausdruck von wirtschaftlichem Unverständnis, der jeder Beschreibung spottet. Die sogenannten Schulden, also das Defizit eines Staates, werden durch die Ersparnisse einer Gesellschaft gedeckt und jede Investition schafft ihr Ersparnis durch Schaffung eines Vermögenswerts selbst. Bei einem positiven Außenbeitrag haben wir also lediglich Schulden bei uns selbst.

Das Aufstellen einer Schuldenuhr ist daher nur die halbe Wahrheit und als allein stehendes Uhrwerk nur für den Mülleimer zu gebrauchen.

Genauso wichtig ist das Vermögen, das ein Staat besitzt. Jeder weiß: Wer viel Vermögen und wenig Schulden hat, bekommt schnell einen Kredit mit niedrigen Zinsen, wer wenig Vermögen und viel Schulden hat, muss hohe Zinsen zahlen. Der deutsche Staat hat am Kapitalmarkt eine besonders hohe Kreditwürdigkeit; aus dem einfachen Grund, dass seine Staatsschulden durch hohe Vermögenswerte abgedeckt sind.

Die Behauptung, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, ist also unsinnig. Eine jahrelang positive Außenbilanz sagt ebenso aus, dass wir unter unseren Verhältnissen gelebt haben und nicht darüber, da wir mehr produziert als verbraucht haben und unsere Exporte gegenüber den Importen überwiegen.

Die Wahrheit ist, dass unser BIP krisenbedingt gesunken, also einen externen Schock erlitten hat. In Folge dessen Einsparungen bei den Staatsausgaben vorzunehmen, löst einen weiteren Rückgang des Sozialprodukts aus. Wer in einer wirtschaftlichen Talfahrt den Staatskon-

sum reduziert, hat die viel gerühmte antizyklische Fiskalpolitik nicht verstanden. Die Ausgaben zu reduzieren, noch bevor das BIP das Vorkrisenniveau erreicht hat, ist wirtschaftlich nicht tragbar und nimmt den von der Zentralbank ergriffenen Maßnahmen den Wind aus den Segeln. Weitaus schlimmer als die Wirkung auf die Steigung des derzeitigen BIPs ist die langfristige Betrachtung. Niemand kann absehen, wann der nächste Schock eintritt. Absehbar ist allerdings, dass wir nicht die Instrumente in der notwendigen Flexibilität zur Verfügung haben werden, die bei der jetzigen Krise eingesetzt wurden, nämlich über ein Defizit generierte Konjunkturpakete. Eine Schuldenbremse bremst also nicht in erster Linie die Schulden, sondern die Volkswirtschaft und sorgt gleichzeitig für Handlungsunfähigkeit im Krisenfall.

Darüber hinaus haben Bildungskürzungen nicht nur auf den Lebensweg junger Menschen, sondern langfristig auch auf die Haushalte katastrophale Auswirkungen. Die Gesellschaft McKinsey hat errechnet, dass im Bildungswesen bundesweit jährlich 50 Milliarden Euro fehlen. Das verursacht in den nächsten 12 Jahren einen volkswirtschaftlichen Schaden von sage und schreibe 1,2 Billionen Euro. Der Schaden ist also doppelt so hoch, wie die Kosten es wären. Die Schuldenbremse verschärft dieses Problem noch und wird die Haushaltslöcher langfristig vergrößern statt verkleinern. Auch eine Alternative kann die Wissenschaft bieten: Zwei unabhängige Studien von McKinsey und dem arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft haben ergeben, dass jeder ins Bildungssystem investierte Euro mit mindestens 12 % Zinsen zurück ins System fließt. Alle er-

folgreichen Unternehmen nehmen Schulden auf, um zum Beispiel in eine Maschine zu investieren, dank der der Unternehmensgewinn um 12 % steigt. Von diesem zusätzlich verdienten Geld können einerseits die Zinsen bezahlt und andererseits die Schulden abgebaut

werden. Was dem Unternehmen seine Maschine ist, ist dem Staat sein Bildungssystem. Allerdings scheint der Unternehmer schlauer zu sein als der Politiker. Es bleibt zu hoffen, dass auch der Bürger schlauer als der Politiker ist.

## **IV. Konsequenzen für das Bildungssystem**

Deutschland investiert bereits jetzt schon unterdurchschnittlich viel in sein Bildungswesen. Die Schuldenbremse wird dieses Phänomen noch stärken und somit Ausgabenkürzungen auf dem Rücken derjenigen betreiben, für die man das Schuldenverbot eigentlich einführen möchte. Man versuche die Argumentation zu begreifen, man müsse 45 Millionen Euro im Jahr 2011 und 68 Millionen Euro im Jahr 2012 bei der Bildung kürzen, um den Kindern zu helfen. Weder mit Stellenstreichungen noch mit Kürzungen bei der Lehrerbildung ist den Kin-

dern geholfen. Weder die Schließung der Schulbibliothek wird der Bildung nützen, noch der fortschreitende Verfall der Schulgebäude. Keine Schule profitiert von einem eingeschränkten finanziellen Spielraum. Noch nicht mal für die Einhaltung von Menschenrechten wie die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung werden ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Der Verfall des Bildungswesens wird durch die Einführung einer Schuldenbremse begünstigt und beschleunigt.

### **→ Konsequenzen daraus**

**Schlechte Ausbildung für Jugendliche, hohe Arbeitslosigkeit und geringes Lohnniveau wegen schlecht ausgebildeten Jugendlichen, hohe Sozialausgaben wegen hoher Arbeitslosigkeit, geringe Steuereinnahmen wegen geringem Lohnniveau, explodierende und definitiv nicht mehr tragbare Staatskosten wegen hohen Sozialausgaben und geringen Steuereinnahmen.**

Wie werden mit Schuldenbremse kurzfristig weniger und langfristig viel mehr Schulden haben!

Wir werden ohne Schuldenbremse kurzfristig mehr und langfristig viel weniger Schulden haben!

Und Vermögen lässt sich auch nur mit Investitionen anhäufen.

**Deshalb: NEIN bei der Abstimmung zur Schuldenbremse am 27. März 2011!**

Landesschülervertretung Hessen (Tim Huß, Landesschulsprecher)  
Georg-Schlosser-Str. 16, 35390 Gießen / Postfach 100 648, 35336 Gießen  
Telefon: 0641-73734, Fax: 0641-76140 / [post@lsv-hessen.de](mailto:post@lsv-hessen.de)